

*Werden künftige Bundesregierungen wegen der Überwachungs- und Spionageaktivitäten der US-Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland die Freiräume der US-Stationierungstreitkräfte auf den US-Basen in unserem Land endlich beschneiden?*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 114/14 – 03.08.14

## **Nach Meinung von Experten könnten die Spionage-Vorwürfe die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Deutschland erschweren**

Von John Vandiver

STARS AND STRIPES, 16.07.14

( <http://www.stripes.com/news/espionage-claims-could-test-us-german-military-agreement-experts-say-1.293787> )

STUTT GART, Deutschland – Der wegen der US-Spionage in Deutschland in jüngster Zeit noch einmal vertiefte aktuelle Konflikt zwischen Washington und Berlin könnte die beiderseitigen Beziehungen, die seit der Invasion des Iraks im Jahr 2003 ohnehin durch Meinungsverschiedenheiten belastet sind, dauerhaft verändern.

Kurzfristig wird die vermutete US-Spionageoperation gegen einen Untersuchungsausschuss des deutschen Parlaments die Bemühungen Washingtons erschweren, von Berlin die Zustimmung zu härteren Sanktionen gegen Russland zu bekommen. Für die kommenden Jahre rechnen Experten aber mit noch weit schwerwiegenderen politischen und militärischen Folgen.

"Ich erwarte, dass die Beziehungen (der Bundesrepublik Deutschland) zu den USA vorsichtig neu justiert werden. Skandale kommen und gehen, sie belegen aber ein in Deutschland bestehendes tiefes Unbehagen über die Beziehungen zu den USA, die schon länger sehr einseitig sind," stellte Dmitri Trenin (s. <http://carnegie.ru/experts/?fa=287> ), der Direktor des Carnegie Centers in Moskau fest. (s. auch [http://en.wikipedia.org/wiki/Carnegie\\_Endowment\\_for\\_International\\_Peace](http://en.wikipedia.org/wiki/Carnegie_Endowment_for_International_Peace) und <http://www.carnegie.ru/about/?lang=en> )

Die in der deutschen Bevölkerung weit verbreitete Empörung über das US-Spionageprogramm, die sich im Sommer letzten Jahres erhob, als bekannt wurde, dass die NSA sogar das Mobiltelefon der deutschen Kanzlerin Angela Merkel abhört, hat zum Anwachsen des Antiamerikanismus in dem Land geführt, das unbestritten der wirtschaftlich und politisch stärkste Staat der EU ist und das größte US-Militärkontingent in Europa beherbergt. Der neue Vorwurf, dass mindestens zwei Deutsche für die USA spioniert haben, hat das Missbehagen noch gesteigert.

Die meisten Experten halten es für unwahrscheinlich, dass die Spionagevorwürfe zu einer ernsthaften Störung der Zusammenarbeit beider Staaten bei der Erkenntnisgewinnung ihrer Geheimdienste und bei der Bekämpfung von Terroristen führen werden. Andere Vorhaben könnten jedoch darunter leiden – zum Beispiel die Beteiligung der Deutschen an härteren Sanktionen gegen Russland wegen dessen Einmischung in der Ukraine oder die Gewinnung Berlins für die Übernahme eine engagierteren Rolle in der NATO.

### **Erste Risse wegen des Irak-Krieges**

Das im Kalten Krieg erworbene Image der USA, der zuverlässige Beschützer der Bundes-

republik Deutschland zu sein, ist schwer beschädigt. Die Folgen dürften erst nach einiger Zeit ganz sichtbar werden; einige Experten gehen aber heute schon davon aus, dass sich die besonderen Beziehungen der beiden Verbündeten der neuen politischen Realität anpassen werden.

"Die wichtigsten (deutschen) Entscheidungsträger wissen sehr wohl, dass die USA eine Stütze für die (deutsche) Außen- und Sicherheitspolitik sind," erläuterte Frau Sudha David-Wilp (s. [http://www.gmfus.org/expert/experts\\_dirc/sudha-david-wilp/](http://www.gmfus.org/expert/experts_dirc/sudha-david-wilp/)), eine Expertin für transatlantische "Beziehungen des German Marshall Fund in Berlin (weitere Infos dazu unter [http://de.wikipedia.org/wiki/German\\_Marshall\\_Fund](http://de.wikipedia.org/wiki/German_Marshall_Fund)). "Die deutschen Politiker befinden sich aber in einem Dilemma, wie es in dem Film Catch 22 beschrieben wird (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Catch-22\\_%E2%80%93\\_Der\\_b%C3%B6se\\_Trick](http://de.wikipedia.org/wiki/Catch-22_%E2%80%93_Der_b%C3%B6se_Trick)). Sie müssen auf die Stimmung der Bevölkerung und besonders auf die der jungen Deutschen Rücksicht nehmen."

Als die deutsche Regierung letzte Woche völlig überraschend den Chef der CIA-Station (in Berlin) ausgewiesen hat, war das ein Anzeichen dafür, dass sie jetzt härter reagieren will, wenn US-Geheimdienste die (rote) Linie überschreiten. Diese Aktion, die im letzten Jahrzehnt gewachsene antiamerikanische Tendenzen erkennen lässt, wäre für die vorherige Generation noch undenkbar gewesen.

Der erste Widerstand gegen die Politik der USA zeigte sich 2003, als sich Berlin nicht (direkt) an dem US-Überfall auf den Irak beteiligte. Diese Opposition hatte aber Grenzen. Sie hinderte Berlin nicht daran, dem US-Militär die Nutzung seiner Basen in Deutschland zur Durchschleusung von Tausenden von Soldaten und militärischem Gerät für den Krieg im Irak zu erlauben (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_06/LP00606\\_130106.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP00606_130106.pdf)). Es gibt aber keine Garantie dafür, dass auch die nächste Generation (deutscher Politiker) so etwas zulassen würde.

Trotz der in den letzten Jahren durchgeführten Stützpunktschließungen und Truppenreduzierungen beherbergt Deutschland immer noch rund 40.000 US-Soldaten und mehrere wichtige US-Basen wie die Air Base Ramstein (weitere Infos dazu unter [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_07/LP05407\\_070307.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP05407_070307.pdf) und [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP06013\\_080513.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP06013_080513.pdf)), zwei Regionalkommandos in Stuttgart (damit sind das EUCOM und das AFRICOM gemeint) und mehrere Army-Stützpunkte, die über das ganze Land verteilt sind. (Weitere wichtige Informationen zur Funktion der US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland im strategischen Gesamtkonzept der USA sind nachzulesen unter [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_09/LP27209\\_071209.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf).)

## **Die jüngsten Vorkommnisse haben den Ton verändert**

Was bedeutet die veränderte Stimmung in Deutschland für die breit gestreute US-Militärpräsenz?

"Viele halten sie für einen Anachronismus," ergänzte Dmitri Trenin. "Während des Kalten Krieges wurde sie als realer Schutz gegen die Sowjetunion empfunden. Die Deutschen haben heute aber keine Angst mehr vor den Russen. Deshalb glaube ich, dass es in Deutschland in längstens 20 Jahren auch keine US-Basen mehr geben wird."

Nicht alle Experten stimmen dem zu.

"Ich glaube, dass die deutsch-amerikanische Freundschaft dafür zu stark ist," meinte Silvia C. Petig von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik in Berlin (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Gesellschaft\\_f%C3%BCr\\_Ausw%C3%A4rtige\\_Politik](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Gesellschaft_f%C3%BCr_Ausw%C3%A4rtige_Politik)). "Die beiden

Staaten sind auf zu vielfältige Weise miteinander verbunden. Sogar für gegenüber den USA kritisch eingestellte Deutsche gibt es zu viele historische Bande."

Es sei aber schwierig, die langfristigen politischen Folgen einzuschätzen, weil die Deutschen den USA heute mit größerer Skepsis begegneten, ergänzte Frau Petig.

"Meiner Meinung nach wurde das politische Image der USA durch den Spionageskandal schwer beschädigt. In der Bevölkerung herrschen jetzt eher ungünstige Eindrücke vor," fuhr Frau Petig fort.

In Deutschland durchgeführte neuere Meinungsumfragen zeigen die Ambivalenz der Deutschen gegenüber den USA. Eine Umfrage der Körber-Stiftung (s. dazu auch <http://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%B6rber-Stiftung> ) ergab, dass die Hälfte der Befragten engere Beziehungen zu Russland als zu den USA wünschen.

In dem einflussreichen deutschen Magazin *DER SPIEGEL* war zu lesen: "Auf der einen Seite sind die Deutschen von den Amerikanern und ihren andauernden Überwachungsaktivitäten enttäuscht. Gleichzeitig haben sie trotz der Ukraine-Krise überraschend viel Sympathie für die Russen und ihren Präsidenten Wladimir Putin bekundet. Das wirft die grundlegende Frage nach der nationalen Identität Deutschlands auf. Auf lange Sicht werden sich die Deutschen entscheiden müssen, zu welcher Seite sie gehören wollen."

Nach einer Umfrage dieses Magazins möchten 57 Prozent der Deutschen, dass ihr Land unabhängiger von der US-Außenpolitik werden sollte.

In Deutschland wächst also tatsächlich eine neue politische Generation heran, deren Einstellung gegenüber den USA stärker von der Wut über den Irak-Krieg, von der NSA-Kontrolltätigkeit und anderen Spionageskandalen geprägt ist, als von der Rolle der USA bei der Festigung der deutschen Demokratie.

"Es ist auch zu bedenken, dass der kulturelle Einfluss der USA auf Europa nach dem Zweiten Weltkrieg sehr stark war und ein positives US-Image entstehen ließ, das bei vielen Deutschen heute noch nachwirkt," sagte Frau Petig. "Im Lauf der letzten 14 Jahre sind die Menschen aber viel kritischer geworden."

Weil Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht Europas dabei ist, die Führungsrolle auf diesem Kontinent zu übernehmen, könnten sich die USA in den kommenden Jahren mit einem selbstbewussteren Verbündeten konfrontiert sehen, der stärker eigene Interessen verfolgt.

"Deutschland wird nicht (noch einmal) versuchen, Europa gewaltsam zu beherrschen; es wird aber sicher mehr Verantwortung übernehmen und in seine Führungsrolle hineinwachsen müssen," gab Dmitri Trenin zu bedenken. "Nicht alle Europäer begrüßen diesen Aufstieg, auch nicht alle Deutschen. Die Stärke der deutschen Wirtschaft macht aber eine stärkere politische Rolle Deutschlands unausweichlich."

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

---

## **Unser Kommentar**

*Mit moderater Kritik vor Fernsehkameras, der Ausweisung eines US-Topspions und dem vergeblichen Bemühen um ein No-Spy-Abkommen wird es die Berliner Regierung nicht*

*schaffen, Washington zur Respektierung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und der Grundrechte ihrer Bürger zu veranlassen. Auch ohnehin nicht ernstgemeinte Drohungen mit dem Abbruch der Geheimverhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen / TTIP werden Obama und seine neokonservative Entourage nicht beeindruckt. Der Artikel in der US-Militärzeitung STARS AND STRIPES macht deutlich, womit die US-Regierung tatsächlich zum Einlenken gebracht und sogar zum Aufgeben ihrer gesamten Schnüffelpraxis und ihrer sonstigen völkerrechts- und verfassungswidrigen Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland gezwungen werden könnte.*

*Die Rechtsgrundlage für die immer noch andauernde Anwesenheit von US-Soldaten und US-Geheimdienstlern in unserem Land ist der "Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland" vom 23. Oktober 1954, der seit dem Beitritt der DDR zur BRD jederzeit mit einer Frist von nur zwei Jahren gekündigt werden kann. Auch das NATO-Truppenstatut und das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut könnten durch Verhandlungen so verändert werden, dass die US-Streitkräfte in den ihnen nur zu Verteidigungszwecken überlassenen Basen in der Bundesrepublik nicht mehr tun und lassen können, was sie wollen. Näheres dazu ist nachzulesen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_05/LP01805\\_010705.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP01805_010705.pdf).*

*Wenn eine deutsche Regierung wirklich erreichen will, dass die US-Regierung und ihre Geheimdienste unsere Souveränität und die von unserer Verfassung garantierten Grundrechte achten, dann muss sie den Stationierungsvertrag kündigen oder die genannten Abkommen durch Verhandlungen entsprechend verändern. Dem Verfasser des Artikels in der STARS AND STRIPES scheinen diese wirksamen Werkzeuge in deutscher Hand bekannt zu sein. Er hat sich wohl auch gefragt, warum Frau Merkel und die Herren de Maizière, Gabriel und Steinmeier sie bisher noch nicht einmal erwähnt haben?*

---

## STARS STRIPES

### **Espionage claims could test US-German military accord, experts say**

By John Vandiver

Published: July 16, 2014

STUTT GART, Germany — The latest scandal over U.S. espionage in Germany could signal a permanent change in relations between Washington and Berlin, which have been contentious ever since the 2003 invasion of Iraq.

In the short term, allegations of a U.S. spying operation against a German parliamentary committee will complicate Washington's efforts to win Berlin's backing for tougher sanctions on Russia. But the larger political and military fallout is likely to be felt for years to come, experts say.

"I see the relationship with the U.S. being cautiously redefined. Scandals will come and go, but they illustrate the deeper unease in Germany about the relationship with the U.S., which has been an unequal one for a very long time," said Dmitri Trenin, director of the Carnegie Moscow Center.

Widespread public outrage in Germany over U.S. spying, which erupted last summer with the revelation that the NSA had been tapping the cellphone of German Chancellor Angela

Merkel, has fostered a growing sense of anti-Americanism in the country, Europe's undisputed economic and political leader and home to the United States' largest military contingent in Europe. Recent allegations that at least two Germans were spying for the U.S. have only served to fuel the unease.

For now, many experts agree it's unlikely that the assorted spying allegations will cause serious disruption in how the two countries collaborate on sharing intelligence and other high-stakes anti-terrorism matters. However, other areas, such as persuading the Germans to back more severe sanctions on Russia for its role in Ukraine or to convince Berlin to take on a more muscular role in NATO, could suffer, experts say.

### **Cracks seen after Iraq**

The Cold War-era image of the U.S. as the great protector has taken a hard hit in Germany. The consequences may not be fully realized for some time, but some experts say the special relationship between the two allies is facing a new political reality.

"Most important decision makers know the U.S. is a pillar in foreign and security policy," said Sudha David-Wilp, an expert on trans-Atlantic relations at the George Marshall Fund in Berlin. "But at the same time, political leaders are in a Catch-22. They need to respond to popular sentiment, among young Germans especially."

When Germany took the unprecedented step last week of expelling the U.S.' local CIA station chief, it was an indication of Berlin's willingness to take a tougher stand when it feels the Americans are crossing the line. Such actions, which reflect an anti-American sentiment that has taken deeper root over the past decade, were virtually inconceivable a generation ago.

The first signs of a German willingness to resist American policy surfaced in 2003, when Berlin opposed the U.S. invasion of Iraq. But that opposition had limits. It did not stop Berlin from allowing the U.S. military to use Germany as a staging ground for the war, with thousands of troops and military hardware transiting through the country. A generation from now, there are no guarantees such a scenario would play out the same way.

Despite base closings and personnel cuts in recent years, Germany still plays host to about 40,000 American troops and several major installations, including Ramstein Air Base, two combatant commands in Stuttgart and several Army facilities scattered around the country.

### **Recent events set tone**

What does the new German sentiment mean for this vast military presence?

"I can hear noises about this being an anachronism," Trenin said. "During the Cold War it was a very real protector against the Soviet Union. Today, there's no real fear of Russia in Germany. I think eventually, 20 years from now, there are no more U.S. bases in Germany."

Not all experts agree.

"I think the friendship is too strong for that," said Silvia C. Petig of the German Council on Foreign Relations in Berlin. "There are too many ways the countries are bound together. Even for the people critical of America, there's too much of a historical bond."

But it's difficult to calculate the long-term political consequences as Germany looks at the U.S. with greater skepticism, Petig said.

"I think politically the image of the United States is being damaged by this (spying scandal.) The general public is getting an impression that is not favorable," said Petig.

Recent opinion polls in Germany reveal the country's ambivalence toward the U.S. One survey by the Körber Foundation found that half of those queried would prefer forging closer ties with Russia rather than the U.S.

As the influential German magazine Der Spiegel observed: "On the one hand, Germans are disappointed by the Americans and their unceasing surveillance activities. At the same time, they have demonstrated a surprising level of sympathy for the Russians and their president, Vladimir Putin, in the Ukraine crisis. This raises the fundamental question of Germany's national identity. In the long run, Germans will have to decide which side they prefer."

According to a poll by the magazine, 57 percent of Germans believe the country should be more independent of the U.S. in foreign policy.

Indeed, a new political generation is emerging whose thoughts about the U.S. have been shaped more by anger over the Iraq War, NSA surveillance and other spying scandals than the U.S.' role in chaperoning Germany into democracy.

"If you think about what America has achieved in influencing Europe culturally after World War II, building up a positive image, many Germans thank America for all of that," Petig said. "But over the past 14 years, people are a lot more critical."

As Europe's economic powerhouse settles into its leadership role on the Continent, the U.S. could face a more resistant ally in the years ahead when their interests diverge.

"Germany is not going to try to dominate Europe by force, but it certainly is going to assume a much bigger share of responsibility and it will need to learn the art and practice of leadership," Trenin said. "Not everyone in Europe applauds the rise, not even everyone in Germany wants that. But I see the power of the German economy as really the force that demands a new role for the county."

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**